

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

90 (18.4.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzungen und Stellungsänderungen 8 Pfennig. Die Kettens-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung des
Zahlungsplans, bei gerichtlicher Betreibung und bei Anrufen außer Kraft tritt. Erhältlich
bei den Verlagsstellen in Karlsruhe i. B. o. S. oder bei den Anzeigen-Verlegern 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Dlg. Erdgaslohn o. ohne Zustellung
1,90 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einschreibeanlage 10 Pfennig o. Ge-
richtlich 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreu-Verlag
Durlach, Hauptstr. 9. B.-Baden, Jaghhausstr. 12. Rellat, Rosenstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 90

Karlsruhe, Montag, den 18. April 1932

52. Jahrgang

Hindenburg an Gröner

Rechtsradikale Heße gegen das Reichsbanner und die Eisenerne Front - Gröner lehnt Gleichstellung des Reichsbanners mit SA. ab

Das Reichsbanner muß bleiben

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichsminister des Innern das nachfolgende Schreiben gerichtet:
Berlin, den 15. April 1932
Sehr geehrter Herr Reichsminister!
Die das Verbot der SA. und SS. ausstehende Verordnung vom 13. April 1932 habe ich vollzogen, nachdem Sie mir in ersten Worten die Schwierigkeiten der politischen Lage dargelegt und den Erlass dieser Verordnung zur Sicherung der Staatsautorität als unbedingt notwendig bezeichnet haben, und nachdem die Reichsregierung einstimmig Ihrem Antrage beigestimmt war.
Zwischen ist mir unter Ueberegabe von Belegmaterial mitgeteilt worden, daß ähnlich geartete Organisationen wie die hier verbotenen auch bei anderen Parteien bestehen. In Erfüllung meiner Pflicht zur überparteilichen Ausübung meines Amtes und zur gleichmäßigen Anwendung der Gesetze muß ich verlangen, daß, falls dies richtig ist, auch diese Organisationen der gleichen Behandlung verfallen. Ich überlasse Ihnen anbei das mir zugegangene Material mit dem Ersuchen, es mit dem gleichen Ernst zu prüfen, den ich Ihrem Antrage entgegengebracht habe, und mir alsbald das Ergebnis Ihrer Prüfung und einen entsprechenden Bericht vorzulegen.
Mit freundlichen Grüßen!
v. Hindenburg

dieses Ziel am besten zu erreichen wäre. Dabei hatte ich lange Zeit den Gedanken verfolgt, auch die Angehörigen der SA., wie die Mitglieder anderer Verbände in einer neuen nationalen vorkrieglichen Organisation zu einem freiwilligen staatspolitischen Zusammenwirken zusammenzufassen. Der Gang der politischen Ereignisse seit Anfang dieses Jahres ließ jedoch diese Pläne nicht zur Ausführung kommen. Schließlich wurde es mir klar, daß bei der Gefaltung der innerpolitischen Verhältnisse keine andere Maßnahme in Betracht kommen konnte, als die Auflösung der SA. durch Notverordnung. Diesen Entschluß habe ich durchaus selbstständig gefaßt, niemand zuzusehen, niemand zuzuhören, fern von Berlin, während meines Osterurlaubes im Barzer Beraland bin ich mit mir allein zu Räte gegangen und habe mich frei von äußeren Einflüssen zu diesem Entschluß durchgerungen.

handelt habe. Diese Behauptung hätte aus dem Munde des Herrn Hitler niemals kommen dürfen. Herr Hitler dürfte selbst wissen, wie man solche leichtfertige und offenbar beabsichtigte läßliche Nachrede zu beurteilen hat. Wenn Herr Hitler mit Drohungen arbeitet, sich im Auslande über die deutsche Regierung zu beschweren, so wird man über diese Art von Politik, die ein bezeichnendes Bild auf seinen Charakter und seine nationale Einstellung

Staatsspolitische Erwägungen allein sind es gewesen, die mich dabei geleitet haben.
Gegenüber den Behauptungen, daß die Auflösung als eine Maßnahme des Wahlkampfes gegen die NSDAP. aufzufassen sei, weise ich darauf hin, daß die Betätigung der Partei selbst in keiner Weise behindert ist. Ich stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß der Meinungssturm der Parteien ein Kampf des Geistes, nicht der Gewalt sein darf. Die Auflösung der SA. ist also keine Maßnahme gegen die Partei, sondern löst vielmehr der Partei die Möglichkeit, im Wettbewerb mit den anderen Parteien, ihre Auffassungen und Forderungen zu vertreten.
Herr Hitler hat einem ausländischen Korrespondenten gegenüber die Vermutung ausgesprochen, daß Reichspräsident Dr. Brüning unter dem Druck des französischen Ministerpräsidenten Laval ge-

wirkt, kein Wort zu verlieren haben.
Die die und da aufgetretene Behauptung, als ob das Verbot erfolgt sei, weil die SA. dem Auslande gegenüber als militärische Macht in Betracht gekommen wäre, ist eine völlige Verdrehung der tatsächlichen Gründe für die Auflösung. Eine solche Unbilligkeit weise ich auf das Allerhöchste zurück. Ich sehe darin auch eine schwere Beleidigung aller anderen Volksschichten, die ebenfalls bereit sein werden, wenn es gilt, die Heimat zu schützen. Die Landesverteidigung ist eine Ehrenfrage des ganzen deutschen Volkes, nicht Sache einer Partei. Im übrigen habe ich immer den Standpunkt vertreten, daß bei allen Verbotsmaßnahmen zwar die politische Einstellung zur Wehrhaftigkeit durchaus anzuerkennen ist, aber ihre militärische Bewendensmäßigkeit keine Rolle spielt.
Meine Bemühungen, in der nächsten Zeit werden dahin gehen, die gesamte deutsche Jugend, ohne Ansehen der Partei, in Sportorganisationen zusammenzuführen zur Erleichterung von Körper und Geist und zur Pflege staatspolitischer Denkens und Willens. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß diese Maßnahmen dazu beitragen wird, die verschiedenen, vielfach aus idealen Motiven sich bestehenden Kreise unserer jungen Generation wieder einander

Mein Standpunkt

Von Reichsminister Wilhelm Gröner
Die Auflösung der SA. und SS.-Organisationen der NSDAP. hat in der Presse ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Es war mir von vornherein klar, daß neben den zustimmenden Äußerungen auch Widersprüche und kritische Bemerkungen laut würden. Ich will dazu mit einigen Ausführungen Stellung nehmen, obwohl die amtliche Begründung die aus der Sorge der Reichsregierung für das Gesamtwohl des Volkes sich ergebenden staatspolitischen Erwägungen für diese Maßnahme klar zum Ausdruck gebracht hat.
Wenn zunächst in einer Zeitung die ablehnende Haltung in die Worte zusammengefaßt wird, der Staat steht links, so muß ich eine solche Auffassung von meinem Standpunkt völliger Unparteilichkeit grundsätzlich ablehnen. Es gibt bestimmte Grundgesetze des staatlichen Lebens, die völlig unabhängig sind von dem Wechsel der Regierungen. Zu diesen Grundgesetzen gehört die Pflicht zur Gewährleistung der unbedingten Sicherheit aller Staatsbürger und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Dazu gehört vor allem, daß die Macht im Staate nur von den Organen des Staates selbst ausgeübt werden darf. Der Staat muß verlangen, daß seine Autorität von allen Staatsbürgern respektiert wird. Wer es unternimmt, die Autorität des Staates zu untergraben, setzt sich mit diesen Grundgesetzen des Staates in Widerspruch und muß es sich gefallen lassen, daß der Staat ihn in die Schranken der staatlichen Ordnung zurückweist.
Ich muß deshalb die Unterstellung, als ob ich mit der Auflösung der SA. für links optiert hätte, ganz entschieden zurückweisen. Ich optiere überhaupt für keine Partei, sondern gebe den Gedanken über die Wahrung der im Bewußtsein der schweren Verantwortung, die ich vor Gott und meinem Gewissen für die innere Ordnung und die Erziehung unserer nationalen Freiheit zu tragen habe. Ich erinnere aber auch daran, daß die Reichsregierung mit ihren politisch ganz verschiedenen eingestellten Ministern dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung einstimmig empfohlen hat.
In einem Teil der Presse ist nun die Meinung vertreten worden, daß die Regierung nach dem preussischen Verfassungsprinzip „Summe“ auch den Stahlhelm und das Reichsbanner, mindestens aber das Reichsbanner hätte auflösen müssen. Diese Forderung konnte ich mir nach sorgfältiger Prüfung nicht zu eigen machen.
Weder der Stahlhelm noch das Reichsbanner sind mit den nationalsozialistischen Kampforganisationen in bezug auf den militärischen Charakter des Aufbaues und der Funktionsregelung zu vergleichen.
Doch habe ich schon im Februar gegenüber Bestrebungen des Reichsbanners, als eine Art Schutzpolizei aufzutreten, nachdrücklich abgelehnt. Wenn das Reichsbanner sich in den letzten Monaten gegenüber dem Auftreten der SA. hat bewegen lassen, alle diese Maßnahmen in kürzester Frist rückgängig gemacht werden. Die Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze und die allgemeine Notlage haben dazu beigetragen, daß die militärähnlichen Organisationen der NSDAP. schon durch die Aufgabe ihres Bestehens allmählich eine immer größere Gefahr für die Staatsautorität wurden. Mein Entschluß, diese Gefahr zu beseitigen, stand bereits seit Monaten fest. Schon ehe ich das Reichsministerium des Innern übernahm, habe ich darüber nachgedacht, auf welche Weise

Um das Reichsbanner

Unterredung Gröner-Höfnermann
Der Reichsminister des Innern Dr. Gröner hatte den Führer des Reichsbanners, Höfnermann, zu sich gebeten und ihn um Stellungnahme zu dem in der Presse gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe ersucht. Höfnermann hat dem Minister erwidert, daß diese Vorwürfe unbegründet seien, daß er aber zur Vermeidung aller Mißdeutungen bereit sei, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Ministerpräsident Braun über das Reichsbanner
Kiel, 17. April. (Eigene Meldung.) Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun sprach heute in einer Versammlung in der Nordosthalle in Kiel vor etwa 25 000 Zuhörern. Zu dem Verbot der SA. und dem Schreiben des Reichspräsidenten an Dr. Gröner erklärte der Ministerpräsident, er kenne das angelegentlich behandelte Material gegen das Reichsbanner nicht. Er halte es aber so wertvoll wie die italienischen Obligationen Kreuzers. Er müsse daran erinnern, daß Reichspräsident Brüning seine letzte Versammlung in Königsberg nicht hätte abhalten können, wenn nicht das Reichsbanner den Schuß der Versammlung übernommen und die radikalsten Nationalsozialisten zur Nation gebracht hätte. Es geht aus, daß das Reichsbanner eine so seltsame Unparteilichkeit die man vom Reichspräsidenten nicht erwarten könne.
Die Frage, die Herr von Winterfeldt in einem offenen Brief an ihn gerichtet habe, ob ihm bekannt sei, daß auch das Reichsbanner Waffen besitze, beantwortete er mit „nein“. Sollten sich aber Waffen im Händen von Reichsbannerleuten befinden, so würden sie die gleiche Behandlung erfahren, wie alle anderen. In einer Auflösung des Reichsbanners dürfte aber der Waffenbesitz irgendeines Reichsbannermannes nicht ansprechen. Auch die SA. sei ja nicht aufgelöst worden, weil sie Waffen besitze, sondern weil ihr ganzer Aufbau und ihre ganze Zweckbestimmung die einer Armee gewesen seien.

Die Aufgaben des Reichsbanners
Kiel, 17. April. Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Höfnermann, hielt heute bei einem Antritt des Ortsvereins in Breslau eine Ansprache, in der er u. a. sagte:
Schwere Angriffe werden jetzt gegen uns erhoben. Auch diese Angriffe werden an unseren Dispositionen scheitern. Viele Jahre hindurch hat man von unserer Seite unseren Bund als wertlos hingestellt. Seit vorerstern Abend sind wir plötzlich eine ungeheure militärische Organisation! Wir hegen aber durchaus nicht den Keimgeist, eine militärische Organisation zu sein. Die Funktionen, die uns bisher aufgegeben waren, hören in dem Augenblick auf, wo der Gegner aufgelöst ist. Wir bleiben, was wir eigentlich sind: eine Vereinigung ehemaliger republikanischer Kriegsteilnehmer und deren Söhne. Wir bleiben, was wir immer sein wollten, eine freiwillige Organisation, die dem Staat verbleibt und für ihn eintritt, wo es nottut. Wir haben in den letzten drei Monaten das Chaos verbütet. Jetzt wollen wir vorwärtsmarschieren in ein besseres Deutschland. Wir wollen mithelfen, daß endlich die Flut der Erwerbslosigkeit von Deutschland genommen wird.

Wüstefeld, 16. April. Ministerpräsident Braun sprach heute in der Maschinenhalle vor etwa 10 000 Personen in einer Wahlkundgebung der SPD. Nachdem der Reichspräsident das Verbot der SA. ausgesprochen habe, führte der Ministerpräsident aus, versuchten die Kreise, die bis zuletzt das Verbot der Hitlerprivatarmee hintertreiben wollten, nunmehr den Reichspräsidenten für ein Verbot des Reichsbanners zu gewinnen. Der Reichspräsident habe sich der Staatsnotwendigkeit gefügt, indem er, wie vor Jahr und Tag der Koffrontkämpferbund, nun auch die verfassungsfeindliche SA.-Organisation verbot. Es wäre eine Verzerrung des Begriffs der Unparteilichkeit, wenn der Reichspräsident Vereinigungen, die nach ihrer organisatorischen Form auf dem Boden der Verfassung und Gesetze stehen, ebenso behandeln wollte, wie die mit Recht verbotenen Organisationen. Das Reichsbanner stehe auf dem Boden der Verfassung und habe die Wähler Hindenburgs bei der letzten Präsidentenwahl gegen den Terror derer geschützt, die ihn beschimpften. Solange diese Parteien nicht von ihren rohen Gewaltmitteln Abstand nähmen, solange sei auch die Schutzorganisation notwendig.
Der Ministerpräsident wurde wiederholt durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen. Es wurden Steinwürfe geworfen. Einige Rufbeförder wurden aus dem Saale gewiesen.

Westarps Liebesdienste für die Reaktion
Graß Westarp beabsichtigt, nach Zusammentritt des Reichstages in einem Antrag das Verbot des Reichsbanners zu fordern. In der Begründung wird darauf hingewiesen werden, das SA.-Verbot würde nur dann nicht als parteipolitische Maßnahme zu werten sein, wenn die Reichsregierung ihren berechtigten Standpunkt, sie könne keinem Staat im Staate dulden, gleichmäßig auch auf Reichsbanner und Eisenerne Front anwende.
Für die Reichstagsfraktion des Christlich sozialen Volksdienstes hat der Fraktionsvorsitzende Simpfendorfer an den Reichsminister Gröner einen Brief ähnlichen Inhaltes gerichtet.

näherzubringen. Mein herzlichstes Streben ist, daß der Geist echter Vaterlandsliebe und die innige Verbundenheit mit dem Volks-

Der Hindenburgbrief

Welche Kräfte sind wieder am Werk?

Es gehörte zu den ständigen Gepflogenheiten Wilhelms von Doorn, der Welt politische Ueberraschungen zu bereiten. Diese Gepflogenheiten haben schließlich Deutschland auch in die Katastrophe des Weltkrieges mit hineingeführt lassen.

Das Reichsbanner und die Eiserne Front stehen in geschlossener Treue zum Staat. Sie sind keine Organisationen zur planmäßigen Gewaltausübung, sie sind einzig und allein zur Abwehr, zur Stütze der Staatsgewalt, aber nicht zum Angriff gebildet worden.

Die SA. und SS. waren das genaue Gegenteil. Und Herr Hitler hat zu allem Ueberflus noch in seiner Laubenburger Rede in geradezu höhnischer Weise darauf hingewiesen, daß seine Privatarmee ihm viel zu gut erweise, als daß sie zur Verteidigung der deutschen Grenzen verwendet werden dürfe.

Das Reichsbanner vertritt von jeher, mit der Sozialdemokratie und mit den Gewerkschaften, die Auffassung, daß die Stunde im Interesse Deutschlands aufs freudigste zu begrüßen ist, wo alle sogenannten Wehrorganisationen reiflos verschwinden würden.

Der Brief an Brüning ist das Kleinlicke, was Herr von Hindenburg seit sieben Jahren getan hat. Sicher hat der Reichspräsident aus der Auffassung heraus gehandelt, unparteiisch und überparteilich zu handeln, aber nicht minder sicher ist dieser Brief ein Fehlgriff, den wir auch im Interesse des Herrn Reichspräsidenten bedauern.

Nazi zerklühten Badens Fremdenverkehr

Die Nazianhänge und die Kurorte Baden-Baden und Badenweiler

Im Anschluß an den Sprengstoffanschlag auf die Polizei in Baden-Baden wird uns geschrieben: Der Anschlag der Nationalsozialisten auf eine Polizeiwache in Baden-Baden und der bekannte Anschlag während der Osterferien...

Im Haushaltsauschuß des Landtages wurde kürzlich, als das Kapitel: Badenbäder von Staatsvorschlüssen des Ministeriums des Innern beraten wurde, der allgemeine Anschlag über den Rückgang des Fremdenverkehrs in Baden-Baden Ausdruck gegeben.

Ja, steht denn die Geschäftswelt und das stark nach rechts neigende Bürgertum nicht ein, wie es durch die nationalsozialistischen Ausschreitungen und die damit verbundene Distruktion des Seilbades Baden-Baden geschädigt wird?

Wir meinen, diese Einsicht sollte nicht schwer sein; hoffentlich kommt sie nicht zu spät.

Auch der fernzeitliche Anflug in Badenweiler gegen den Reichskanzler Dr. Brüning während seines Osterurlaubs fällt in dieses Kapitel. Es dürfte als feststehend anzunehmen sein, daß er von nationalsozialistischer Seite berührt. Zudem hat der Reichskanzler auch Drob- und Schmäbbrüche erhalten, die von nationalsozialistischer Seite stammen.

Die Geschäftsleute, die Angestellten und Arbeiter in solchen Kurorten sind also die Leidtragenden.

Wenn wir man endlich auch die wirtschaftliche Seite der nationalsozialistischen Sendung richtig erkennen und darnach handeln?

Die Hitleranbänger in den Mittelstandkreisen werden mit jedem Tage mehr gewar werden, welche Schwere sie sich mit ihrer blinden Verehrung für Adolf den Großen eingebracht haben.

Der Staatsanzeiger stellt sich angesichts dieser Vorkommnisse auf folgenden Feststellungen veranlaßt:

„Der nationalsozialistische Anschlag auf eine Polizeiwache in dem Weltbad Baden-Baden bildet einen höchst unerfreulichen Akt, der die eben beginnenden Fremdenreisen. Hat infolge der Umtriebe und des provozierenden Verhaltens der Nationalsozialisten in Baden und insbesondere in Baden-Baden der Fremdenverkehr an und für sich schon noelitten, so wird durch derartige Vorkommnisse der bereits entstandene Schaden noch ins Ungemeine vergrößert. Die Fremdenindustrie in unserem Lande, die für viele Bevölkerungsteile eine Haupteinnahme- und Verdienstquelle darstellt, muß durch solche Vorkommnisse noch und nach dem Ruin entgangengehört werden, denn die Fremden werden es sich überlegen, Badeorte aufzusuchen, in denen sie statt Ruhe und Erholung zu finden, Raubausen und Anschläge, wie hier in Baden-Baden einer verübt worden ist, erleben müssen. Wenn das Land Baden und seine berühmten Kurorte, wie Baden-Baden und Badenweiler, infolge solcher Vorkommnisse von den Fremden gemieden werden, so haben sich die mit Fremdenverkehr interessierten Kreise einzeln und allein bei den Nationalsozialisten zu bedanken.“

Abwehr nationalsozialistischer Volkerverhetzung

Verbote und Beschlagnahme

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der Minister des Innern hat die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Zeitung Der Führer auf Grund der, Notverordnung des Reichspräsidenten auf die Dauer von fünf Tagen verboten.

Auf die Dauer von zehn Tagen wurde das in Furtwangen erscheinende nationalsozialistische Schwarzwälder Tagesblatt verboten, das einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem grobe Beschimpfungen des Herrn Reichspräsidenten enthalten waren.

Der Mannheimer, 15. April. Die gestrige Ausgabe des Salentagsblattes wurde auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 beschlagnahmt. Das Blatt brachte einen Artikel mit der Überschrift „Die Treue ist das Mark der Ehre“, der Ausführungen

Internationale Arbeitskonferenz

Genf, 16. April. (Sig. Draht.) Die Kommission für Invaliden-, Alters- und Sterbepflichtung der internationalen Arbeitskonferenz hat den Unternehmerantrag für freiwillige Versicherung abgelehnt und sich grundsätzlich für obligatorische Versicherung ausgesprochen.

Die Kommission für das Zulassungsalter der Kinder zur Arbeit in nichtindustriellen Betrieben hat die beiden Arbeiteranträge abgelehnt, die ein Mindestalter für Familienarbeit und Beschäftigung als Privardienstboten verlangt. Auch wird die Konvention keine Anwendung finden auf Erziehungsarbeit in den Berufsschulen unter staatlicher Aufsicht und Begrenzung.

Mit den Stimmen der Unternehmer und Regierungsvertreter wurde gegen die geschlossene Arbeitergruppe in der Geschäftsordnungs-Kommission ein japanisch-italienischer Antrag angenommen, der die Ausschaltung eines Protestes der Arbeiter in öffentlicher Sitzung gegen den italienischen Arbeitervertreter beswarte.

Der „Regierungsrat“ geht wieder

Braunschweig, 16. April. (Sig. Draht.) Hitler hat, wie ein Klages nachstehendes Blatt meldet, um die Verabschie-

Freistaat Baden

enthält, in denen eine Verleumdung und Herabwürdigung leitender Beamten des Staates, insbesondere des Reichspräsidenten und des badischen Innenministers erblickt wird.

3. Heidelberg, 16. April. Der Polizeibericht meldet: Auf Veranlassung der Heidelberger Polizeidirektion wurde die gestrige Ausgabe des nationalsozialistischen Heidelberger Blattes durch Kriminalbeamte beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte wegen der vollkommen unwahren Behauptung, die Polizei habe bei einem SA-Mann das Eisener Kreuz beschlagnahmt, sowie wegen eines Artikels „Beamte in Baden künftige Freiwild“.

Zentrum und Reichsbanner

Zum Hindenburgbrief und zur rechtsstabilen Forderung nach Auflösung des Reichsbanners schreibt u. a. der Badische Beobachter:

Der Brief, den Hindenburg an Brüning gerichtet hat, ist der Öffentlichkeit völlig überflüssig geblieben. Die Rechte und ihre Presse triumphierten natürlich, denn sie meinen, mit ihrem Schreiben könne der Reichspräsident nur das Reichsbanner und die Eiserne Front im Auge gehabt haben.

In diesem Zusammenhang verdient auch das in den letzten 24 Stunden verbreitete Gerücht Beachtung, wonach der Chef im Ministerrat des Reichswehrministeriums, General Schleiher, und der Chef der Seereschiffahrt, General v. Hammerstein, wegen Differenzen über die Behandlung der Verbände ihren Abschied eingereicht haben sollen.

Zu der von der Germania in Berlin aus Rom gebrachten Meldung, daß zum Erzbischof von Freiburg der Bischof Dr. Groebner in Weissen ansetzen sei, wird mitgeteilt, daß an aufständiger Freiburger kirchlicher Stelle hierüber noch nichts bekannt ist.

Die Freiburger Erzbischofsfrage

Zu der von der Germania in Berlin aus Rom gebrachten Meldung, daß zum Erzbischof von Freiburg der Bischof Dr. Groebner in Weissen ansetzen sei, wird mitgeteilt, daß an aufständiger Freiburger kirchlicher Stelle hierüber noch nichts bekannt ist.

Der Bierpreis in Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Nachdem die badischen Brauereiverbände sich bereit erklärt haben, ihr Lieferpreise für den Heftliter Bier um 1,20 M zu ermäßigen und der Badische Gastwirteverband eine Senkung von 1,80 M übernommen hat, entfallen für den badischen Brauereisektor für Preisüberwachung die Anordnungen, die einen einheitlichen Bierverkaufspreis vorsehen hatten.

Insgesamt hat sich jetzt der Bierpreis unter Berücksichtigung der Steuerermäßigungen um 10 M für den Heftliter senkt. Nachdem bereits durch die Steuerermäßigungen eine Herabsetzung des Verkaufspreises für das übliche 1/2-Liter-Glas um 2 Pf. erfolgt ist, tritt jetzt, soweit dies noch nicht schon der Fall ist, eine weitere Ermäßigung um 1 Pf. ein.

Die Evangelische Landeskonferenz wird am Dienstag, den 19. April, vormittags 1/2 Uhr, im Bibliotheksaal des Ev. Oberkirchenratsgebäudes zusammenkommen. Auf der Tagesordnung der 1. Sitzung wird voraussichtlich stehen: Eröffnung der Synode, Verpfändung neuer Mitglieder, Wahl eines neuen Präsidenten, Eräußerung der Ausschüsse und Vereinerung der Arbeit.

Strafantrag im van Gogh-Prozess

Berlin, 16. April. Der Staatsanwalt stellte heute gegen den Kunsthändler Wacker wegen Urkundenfälschung ein Strafantrag mit Bezug und Pfandbruch nach einem im vergangenen Jahr von der Staatsanwaltschaft in der Wackerstraße und zwei Wochen Gefängnis.

KPD-Umtriebe bei der Reichswehr

Das Reichswehrministerium teilt mit: In der Zeit vom 1. März 1932 bis 10. April 1932 wurden 86 Fälle von Verleumdungen, die förmliche von Kommunisten ausgingen, gemeldet. In diesem Zeitraum wurden von der Polizei und von Soldaten 26 Kommunisten, die sich mit der Verleumdungstätigkeit in der Reichswehr befähigten, festgenommen und der Bestrafung zugeführt. In 11 M wurden im März, wie bereits bekanntgegeben, wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat fünf Soldaten festgenommen, davon aber wieder drei auf freien Fuß gesetzt, so daß jetzt noch zwei Soldaten in Haft sind.

Volkssentscheid in Sachsen gescheitert

Dresden, 17. April. Das vorläufige Gesamtergebnis des heute durchgeführten sächsischen Volkssentscheides auf Auflösung des sächsischen Landtages besagt: Bei 3 684 047 Wahlberechtigten wurden 1 318 042 Stimmen und 53 442 Reinstimmen abgegeben. Ungültig waren 20 770 Stimmen. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt demnach 1 392 254, also knapp 38 Prozent der Wahlberechtigten. Der Volkssentscheid auf Landtagsauflösung in Sachsen ist also gescheitert.

Oldenburger Landtag wird aufgelöst

Oldenburg, 17. April. Der Volkssentscheid auf Auflösung des oldenburgischen Landtages fand die notwendige Mehrheit. Die Neuwahlen finden vermutlich am 29. Mai statt.

Unterredung Brüning-Stimson

Brüning, 17. April. Die für die neue Woche angekündigten politischen Besprechungen über die großen internationalen Fragen, die demnächst zur Entscheidung kommen, sind heute eingeleitet worden durch eine Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson.

Paris, 17. April. Das Frühstück, das Reichskanzler Dr. Brüning gestern in Genf anlässlich des sechsten Jahrestages des Abchlusses des Vertrages von Rapallo mit Ehren Litvinoffs und der Sowjetdelegation gab, wird von einigen hiesigen Zeitungen als willkommener Anlaß zu ebenso heftigen wie unbedingten Ausfällen gegen Deutschland benutzt. Irrendelne maßgebende französische Stellen haben offenbar die französisch-russischen Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens vollkommener vergessen und sucht jetzt aus einem selbstgeschaffenen Akt reiner Höflichkeit Kapital zu schlagen. So meint Esch de Paris, Deutschland habe sich in aller Öffentlichkeit mit Sowjetrußland „kompromittiert“. Weiter sieht das Blatt in diesem Frühstück eine „pangermanistische Handlung und eine Bedrohung der Verträge“.

Nazi als Beamte unmöglich

Nationalsozialistischer Postbeamter hält telegraphische Order zur Auflösung der SA, zurück

München, 17. April. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz berichtet aus Mitterling (Oberbayern): Am Donnerstag abend wurde in München von der Polizeidirektion ein amtliches Telegramm aufgegeben mit dem Inhalt, die SA aufzulösen. Das Telegramm war vorher dem Postamt in Mitterling bereits angekündigt worden. Der diensthabende Beamte, ein Nationalsozialist, wählte von dieser Ankündigung, nahm dann das Telegramm ab, schickte die anderen Anstellten nach Hause und ließ das Telegramm bis Freitag früh 6 Uhr liegen. Als am Freitag morgen die Gendarmenbeamten die SA-Heime ausgeben wollten, wurden sie mit Hohnsätzen empfangen und fanden nichts. Der nationalsozialistische Postbeamte hatte offenbar rechtzeitig gewarnt. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Die Kaiserhof-Rechnung für Hitler

Die von der Welt am Montag kürzlich veröffentlichte Rechnung des Hotels „Der Kaiserhof“ über RM. 4048.— für den jüngsten Aufenthalt Hitlers und seiner Begleitung, war von nationalsozialistischer Seite und von der Reichsregierung als Fälschung bezeichnet worden. In der Presse der NSDAP wurde angekündigt, daß Hitler die Welt am Montag wegen seiner Veröffentlichung verklagen werde. Die Welt am Montag teilt aber jetzt mit, sie habe, nachdem ihr nach nunmehr 12 Tagen eine solche Klage nicht zugestellt worden sei, ihrerseits gegen Hitler und Dr. Goebbels Klage mit dem Antrag erhoben, beiden Beklagten zu verbieten, die erwähnte Veröffentlichung des Blattes, das für die Richtigkeit seiner Behauptung den Nachweis antreten wolle, als Lüge bezeichnen. Die 14. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin wird sich im Mai mit diesem Fall zu beschäftigen haben.

Hugenberg gegen Hitler

Kiel, 17. April. (Eigene Meldung). Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg sprach am Samstag in einer Wahlkundgebung der DNVP in der Nordostscholle. Dr. Hugenberg richtete heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten und betonte, der Ausdruck „Drittes Reich“ sei von ihm gebraucht worden, bevor die Nationalsozialisten ihn popularisierten. Die Nationalsozialisten könnten allein niemals die Herrschaft in Deutschland erringen. Das habe sich auch bei der Reichspräsidentenwahl gezeigt. Die Nationalsozialisten hätten nie und nimmer die Mehrheit erhalten, denn in ihrer Heimat wohnen zwei Seelen, eine nationale und eine sozialistische.

In eigener Sache zum Fall Röhm

Die Veröffentlichung der „Röhm-Briefe“ hat, wie zu erwarten und wie — offen gesagt — beabsichtigt war, einen Sturm des Widerstands erzeugt. Einige tausend Zuschriften sind dem Herausgeber zugegangen; sie bewegen sich innerhalb einer weiten Skala, beginnen mit Dankeserklärungen über die vorgenommene Deklassierung der Hitler und Genossen und enden auf dem Umwege über die üblichen Berührungspunkte und Norddrohungen mit der Forderung eines Falles, gefüllt bis zum Rande mit menschlichen Extremem. Und daß in dieser letzteren Kollektion auch die „Deutsche Frau“ nicht fehlt, die empört tut (war nicht über den Röhm, wohl aber über mich), ist durchaus in der Ordnung. Immerhin, es ist erfreulich, daß die überwiegende Mehrheit der Zuschriften den Schluß geradezu aufzwingen, daß der Chef vor Hitler und seiner Kamarilla nun auch in solchen Kreisen heimisch wird, die vor kurzem noch dem „Führer“ hinständig anheimgefallen sind. — Ein bestimmter Komplex von Fragen zieht sich wie ein roter Faden durch die Briefe hindurch (selbst dann, wenn sie durchaus kritischen Charakter haben): Warum läßt Hitler den Röhm nicht fallen? Sollte er etwa selbst in der Lebensgewohnheit des Röhm verstrickt sein? Oder aber weiß der Röhm auszu viele politische, militärische und menschliche Intimitäten aus dem Hitlerlager, daß man ihn nicht ausschiffen kann, ohne schwerste Gefahren heraufzubekommen? — Warum trennt sich Hitler nicht von Röhm? —

Die nationalsozialistische Presse versucht, soweit sie die Dinge um Röhm nicht totzuschweigen beliebt, zur Entlastung des „Stabschefs“ und seiner Partei eine Ablenkungsstrategie gegen den Herausgeber der „Röhm-Briefe“ zu inszenieren. Auch damit ist von vornherein gerechnet worden: daß gelogen wird, gehört nun einmal zu den Berufspflichten eines tüchtigen Nazi-Redakteurs. Im Übrigen enthalten die besondere Note, der phantastische Ueberchwang und die rührende Hilfslosigkeit dieser Lügen von der Notwendigkeit eines Dementis im Einzelnen.

Wichtiger ist folgendes: seit vierzehn Tagen erklärt die nationalsozialistische Presse mit einer für sie bewundernswerten Konse-

quenz, es sei eine „einstweilige Verfügung“ gegen den Herausgeber der „Röhm-Briefe“ beantragt und erlassen worden. Diese laienhafte Verfügung ist jedoch bis zur Stunde ausgeblieben, — ein um so seltsamerer Vorgang, als bekanntlich eine solche ohne Mühe binnen 24 Stunden zu erlangen ist.

Wir fürchten, daß diese einstweilige Verfügung niemals eintreffen wird! Herr Röhm wird es vorziehen, seinen Fall in der Schwere zu lassen; er wird keinen allzu großen Wert darauf legen, uns — nachdem er höchstselbst die Briefe anerkannt hat! — eine Handhabe zu geben, auch noch durch Gerichtsurteil die Echtheit seiner Briefe bestätigt zu bekommen!

In einem letzten Punkt gilt es die um Hitler und Röhm zu berechtigten: die NSDAP, beklagt sich in ihrer Presse und — wie am Vorabend der Wahl in Berlin — vom Flugzeug aus, es seien „tausende von angeblichen Röhm-Briefen planlos verschickt“ worden. Das ist nicht wahr, wahr ist vielmehr, daß nicht tausende, sondern viele Hunderttausende und nicht angebliche, sondern tatsächliche Röhm-Briefe verschickt worden sind; und nicht planlos, sondern nach einem wohlverordneten Plan, der am 24. April seine Früchte tragen wird!

Dr. Selmut Klos

Loyal war dies — der erste Akt

Nun endlich hat man zugewagt, Den Nebenstaat erdroßelt, Die Kasse aufzemaßt, Mit denen sie gewollt: Lorajter, Mäntel, Sturmgewäß, Die eisernen Nationen, Und aus besonderem Verleß Gedruckte Instruktionen, Auch Feld- und Fernsprengerät Und Binden für die Wunden, Als schöne selbste Karität Ein Flugzeug ward' gefunden, Dann Autos, Wäber mit Motor, Von Waffen ganze Sausen; Man sieht, daß Hitlers Kampfeskorps, „Loyal“ nur wollte rausen.

„Loyal“ bestand manch Kämpferheim, „Loyal“ bestanden Stürme, „Loyal“ war dieser Festeskeim Der SA-Kampfwürme. „Loyal“ war Hitlers heiliger Eid, Die Macht „Loyal“ zu nehmen. „Loyal“ ist auch die Dreistigkeit Im Biederhäuschen. „Loyal“ ist Säbel, Feuerrohr, „Loyal“ ist die Pistole, „Loyal“ das rauhe Kämpferkorps, „Loyal“ die Marschparole. — Doch endlich hat man zugewagt In diese Giftgaswolke; Loyal war dies der erste Akt, Die andern müssen folgen.

Konstantin Badene.

Die Lüge der Faschisten

Paris, 14. April.

Wie lautete das Programm der italienischen Faschisten und Mussolinis im März 1919?

Die Faschisten verlangten:

1. Eine Nationalversammlung zwecks radikaler Umformung des Staates.
2. Die Proklamierung der italienischen Republik mit allgemeinem Wahlrecht.

3. Die Abschaffung des Senats und jeder Beschränkung der Volkshouveränität.

4. Die Abschaffung aller Stände- und Adelstitel.

5. Gedanken-, Religions- und Versammlungsfreiheit.

6. Abschaffung des ständigen Heeres und der allgemeinen Wehrpflicht.

7. Ein demokratisches Erziehungssystem.

8. Entwicklung der Hygieneeinrichtungen und der Volkshwohl-fahrt in jeder Form.

9. Abschaffung der Börzen und Banken und der Staatsbank zu Gunsten des Volkskredits.

10. Konfiszierung der unproduktiven Einkommen und Beschränkung der großen Vermögen.

11. Arbeitsverbot für Kinder unter 16 Jahren und Beschränkung der Arbeitszeit.

12. Neuorganisation der Produktion auf der Basis einer direkten Beteiligungs aller, die arbeiten, an den Gewinnen, Land für die Bauern.

13. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

14. Offene internationale Politik zwecks Zusammenarbeit der Völker und Bewahrung ihrer Eigenheit im Rahmen des Bundes aller Völker.

Francesco Nitti, der frühere italienische Ministerpräsident, der jetzt in Paris lebt, erinnert in einem Artikel, der demnächst im „Reichsbanner“ erscheinen wird, an diese Programmpunkte Mussolinis und er fügt hinzu:

„Das Volk wurde geblendet und betrogen. Denn was tot Mussolini und seine Bande, nachdem sie im Oktober 1922 die Macht ergriffen hatten?“

Genau das Gegenteil. Italien ist eine Beute von Abenteurern geworden. Sie wurden alle reich, während das Land ganz verarmte. Italien hat seine Freiheit, und es hat seinen Wohlstand verloren. Es ist ganz erniedrigt worden und ganz verelendet. Vom dümmsten Merkantilismus wird es beherrscht, von Dummköpfen regiert, die alle Staatsstellen besetzt haben, und es wird von Herren unterdrückt, die nichts anderes sind als eine fremde Besatzungsarmee. Gleichgültig ist es ein mittelalterliches Land, dessen Krankheit in einem gefährlichen Militarismus besteht. Mussolini, der ein großes Reich versprochen hat, muß jetzt infolge der üblen Finanzlage des Staates überall um Geld betteln.

In jedem Lande gibt es Mussolinis. Das sind die Giftpilze der Nachkriegszeit. Es gibt Schreiberlinge und Abenteurer, und es gibt Dummköpfe, die alles versprechen, sogar den Antifaschismus. Aber nur die Versprechungen dieser Herren sind groß. Nicht das geringste halten sie später. Selbst wenn sie es wollten, könnten sie es nicht, weil sie immer die Opfer ihrer eigenen Anhänger sind.“

Nitti verlangt, daß der Kampf gegen die zynischen Abenteurer, die eine wahre Mißstimmung für eine schlechte Sache aussunnen und die sich des menschlichen Lebens zum Kampfe gegen die Menschheit zu bedienen suchen, baldigt international organisiert werde:

„Vor allem muß man kämpfen, und man muß die Gewalt mit Gewalt niedererschlagen. Die Demokratie muß sich verteidigen. Freiheit und Wohlstand sind nicht Geschenke von Tyrannen. Sie sind die Wirkung von Arbeit. Faltet man einfach vor der Gewalt die Hände, so kommt man um. Die Parteien der Demokratie müssen aus ihrer Untätigkeit heraus. Sie dürfen nicht mehr bei der Diskussion ihrer Grundzüge Halt machen, wenn sie ihre Grundzüge retten wollen. Sie müssen sich verbünden, sich benachmen und sich verteidigen.“

Die höchsten Güter der Zivilisation werden hier gegen die neue Barbarei verteidigt. Die Barbaren kennen nur die Sprache der Gewalt. In dem Tage wird sich die Lage ändern, an dem sie statt der Tolerierung, die eine Schwäche ist, und statt des Zauberns, das eine Niederlage bedeutet, harte Männer vor sich finden werden, die sich nichts bieten lassen. Auch bloße Verteidigung kann zum Tode führen.

Man muß angreifen!“

Kurz Lens

1913-1932

Nach der Preissenkung von 5 Pfg auf 3 1/2 Pfg hat OBERST in Qualität und Preis den Friedensstand von 1913 erreicht!

3 1/2 OBERST Pf.

mit und ohne Mundstück

WALDORF-ASTORIA G.M.B.H.

Neuregelung des Ausverkaufswesens

Wichtige Neuänderungen

Die Handelskammer Karlsruhe teilt uns folgendes mit: Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft vom 9. März 1932 hat auf dem Gebiete des Ausverkaufswesens eine Neuregelung gebracht...

Aus aller Welt

Brutale Roheit

OB. Berlin, 15. April. Einen ungeheuerlichen Rohheitsakt verübte heute nachmittag ein Bettler im Osten Berlins. Er klingelte an einer Wohnung. Als ihm nicht geantwortet wurde, löste er eine Messingklinge von der Taille und als die Wohnungsinhaberin, eine 26jährige Frau Rische, an die Tür kam...

Kommerzienräte auf der Anklagebank

Firma Jens, 15. April. Wegen attienrechtlicher Untertun haben sich vor dem Erweiterten Schöffengericht firmalens vier verantwortliche Kommerzienräte Dr. jur. Dr. med. h. c. Richard Groß, Hans Heideberg, Rechtsanwalt Friedrich König...

Lebenslängliches Zuchthaus für einen Sittlichkeitsverbrecher

OB. Düsseldorf, 16. April. Nach zweitägiger, zum Teil unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Verhandlung verurteilte gestern das hiesige Schwurgericht den 44jährigen Karl Witschoff aus Düsseldorf wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Paragraphen 176 Abs. 3 und § 178 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe...

Verhaftung eines Kautionschwenders

OB. Berlin, 15. April. Durch die Aufmerksamkeit einiger Stellenjünger ist gestern hier ein umfangreicher Kautionschwender angefaßt worden. Ein Hochflurer, der sich Dr. Kallmann nannte und erst kurze Zeit in Berlin weilte, war an Hunderte von Stellenjüngern herangekommen, um ihnen gegen eine Sicherheitsleistung von je 3000 M. eine Beschäftigung innerhalb der Deutschen Krankentafelversicherung zu geben...

Klaus Pringsheim in Japan

Klaus Pringsheim hatte mit der japanischen Erstaufführung von Gustav Mahlers 5. Sinfonie in Tokio sensationellen Erfolg. Die Akademie veranstaltete Pringsheim zu Ehren ein Bankett, bei dem Direktor Koriyugi auf ihn einen Trinkspruch in deutscher Sprache ausbrachte...

Kampf der Krise

Malfeierkampfschrift der Eisernen Front

Soch hebt die Hämmer! Soch schwingt das Werkzeug! Wieder leuchtet uns hell der Mai! Die diesjährige reich ausgestattete und sowohl technisch als künstlerisch hervorragende Malfeier-Kampfschrift ist eine Kampfschrift geworden...

Angehellen mit höherem Gehalt - der aber darauf angewiesen ist - entlassen. b. wird sich jeder Buchhändler, der dieses Interat gelesen hat, fragen, es gibt ja so billig... 4. Haben Sie schon einmal die Worte 'Solidarität' und 'Kollektarität' gehört?

Werksdirektor und Bergmann

Reich und arm - sozialistisch und republikanisch Der Leiter Volksbote veröffentlicht den Gehaltszettel eines Werksdirektors einer Grube in der Nähe von Zeitz. Er sieht so aus: Einnahme: Gehalt 36 884 M., Hausstandsgeld 729 M., Dienstzulage 3564,30 M., Entschädigung für Mierte 1175 M., Licht 67,90 M., Ueberstundenpauschale 926 M., Kindergeld 756 M., Stellenzulage 29 M., zusammen 44 131,20 M....

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Frauenaktion. Am Mittwoch, den 20. April, abends 8 Uhr, findet in der Lessingschule, Zimmer 3, eine Frauenversammlung statt. Genossin Stark-Karlsruhe hält einen Vortrag über 'Friedrich Schiller als revolutionärer Dichter in 'Luise Millerin' (Rabale und Liebe)'. Hieran laden wir unsere Genossinnen und Genossen sowie unsere Wählerinnen und Wähler, wie auch die Volksfreundleser herzlich ein.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

- Starbefälle: August Dürr, Verkaufer in R., Witmer, 81 Jahre. Elizabeth Henke Birmmer, geb. Enwald, Ehefrau, 55 Jahre. Johann Peter Otto Kuhn, Kirmmerler, Ehemann, 69 Jahre. Klara Gensinger, geb. Gimmel, Witwe, 51 Jahre. Karoline Jod, geb. Süßer, Ehefrau, D.-Aue, 55 Jahre. Wilhelm Heinrich Franz Süßer, Maljenerarbeiten, Ehemann, 57 Jahre. Johann Friedrich Gremmelmaier, Schuhmachermeister, Ehemann, 84 Jahre. Ernst Greiff, Privatier, ledig, 63 Jahre. Edward Köpfer, Schriftfegerlehrling, ledig, Grömmetersbach, 18 Jahre. Pauline Katharine Meier, geb. Kältinger, Ehefrau, 51 Jahre. Karl Heinrich Dürr, Kaufmann, Ehemann, 33 Jahre. Ludwig Adolf Albert Pau, Wäghereibehälter, Ehemann, Karlsruhe, 53 Jahre. Berta Göh, geb. Buser, Ehefrau, Grömmetersbach, 57 Jahre. Luise Nieß, geb. Lotisch, Witwe, 81 Jahre. Christine Striebel, geb. Brodbeck, Ehefrau, 78 Jahre. Luise Stumpf, geb. Heiler, Witwe, 79 Jahre. Luise Christine Bauer, geb. Schneider, Witwe, 67 Jahre. Mathilde de Temple, Kind, 1/4 Stunde alt. Karl Schloßlein, Fabrikarbeiter, Ehemann, 76 Jahre. Karoline Birmelin, geb. Geßel, Witwe, 79 Jahre. Karl Baromäus Schibel, Bierbrauer, Ehemann, 68 Jahre. Christian Krieger, Landwirt, Witmer, Grömmetersbach, 76 Jahre.

Preußen-Film

Eine bemerkenswerte Neuaufführung

Am Berliner Mozartsaal fand am Dienstag Abend vor dichtem Hause die Uraufführung eines Preußen-Films statt. 'Hauskalt' ist das Stichwort dieser Bild- und Tonfolge, die dem Stammtischpolitiker sowie allen Feinden des Volksstaates viel Mißbehagen bereiten dürfte. Umlomere wird jeder diesen Film begrüßen, dem es am Herzen liegt, daß am 24. April nicht das Schlagwort und die Parole über das Gesicht von Preußen bestimmen sollen.

Gewerkschaftliches

Der Angestellte für 20 Mark

Bier Fragen des JBl. Im 'Börzenblatt für den deutschen Buchhandel' stand da kürzlich ein kleines Interat zu lesen: Stellung im Buchhandel sucht ehemaliger Student gegen 20 M monatl. Vergütung. Felix Wland, Berlin W. 50, Nürnberger Straße 68. Der Zentralverband richtete an diesen Herrn Felix Wland einige Fragen: 1. Müssen Sie von dem von Ihnen verdienten Geld leben? 2. Falls ja, haben Sie sich überlegt, wie Sie das mit 20 M im Monat bewerkstelligen wollen? 3. Falls nein, haben Sie sich überlegt, daß Sie eine große Zahl von Buchhandlungsangestellten unebenwer schädigen? Denn a. wird die Buchhandlung, die Sie vielleicht einstellt, einen...

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmaligem Gebrauche mit der bereits ersiehend schmerzbekämpfenden 'Eborodont Zahnpolier', Krems und ein Knauer. Tube 60 Pf. u. 80 Pf. Verkauf überseig.

Die Polizei berichtet:

Schwerer Zusammenstoß

Am Samstagabend kurz nach 20 Uhr ereignete sich eine schwere Zusammenstoß zwischen einem Personentransportwagen und einem Pferdewagen...

Diebstahl

Gestohlen wurde aus einem Garten auf dem Gelände des alten Bahnhofs zwei frisch gepflanzte Obstbäume...

Festgenommen

Wurde ein aus der Erziehungsanstalt Hiesingen entwählener 16jähriger Fürtorgesaltna...

Achtung Schwindler

Samstagabend erschien in einer Durlacher Fahrradhandlung ein gut gekleideter Herr und gab beim Einkauf einen Schein...

Landung einer unbekanntes Leiche

Am 15. April 1932 wurde aus dem Rhein auf der Gemarkung Niedolsheim eine unbekanntes, männliche Leiche...

Dank. Die Inhaber der Firma Hermann Tieß bitten um die Aufnahme folgender Notiz: Aus Anlaß des 50jährigen Geschäftsjubiläum...

Lichtspielhäuser

Es war einmal ein Kaiser im Union-Theater. Wie nicht anders zu erwarten war, rechte und melodienreiche Leder-Musik...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

In Südwestdeutschland war das Wetter am Samstag und Sonntag meist trübe und regenreich...

Wetterausichten für Dienstag, den 19. April: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstand des Rheins. Basel Plus 0,80; Waldsbut 214; Schutterinsel Plus 90; Rehl 232; Maxau 405; Mannheim 297; Caub 226 Centimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Verlegung der Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt. Die Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt befindet sich jetzt im alten Bahnhof...

Soziale Rundschau

Stillschweigende Weiterbeschäftigung eines gekündigten Angestellten

Wie ist die Rechtslage. Vom Zentralverband der Angestellten erhalten wir die folgende Notiz...

Eine Angestellte war nach etwa dreijähriger Tätigkeit zum 31. Dezember 1930 gekündigt. In der Einspruchsentscheidungsphase...

Die Angestellte hat am 1. und 2. April 1931 weitergearbeitet. Am 2. April kam der Inhaber des Geschäfts mit dem Geschäftsführer...

Die Angestellte hat sich am 1. März 1931 noch im Geschäft der Beklagten zur Dienstleistung eingefunden...

Die Mühseligkeit hat viele viel Not und Leid gemacht. Mit herzlichen Grüßen...

„Kinder in Not!“ Fremde gesundheitslich bedrängten Kindern durch den Kauf von 50-Pfg.-Loosen...

Der Orchesterdirigent

Da ist in der Zeitung zu lesen, wie von Sachverständigen in der Kritik der jeweilige musikalische Leiter beurteilt, servil und eingereiht wird...

Da nun die Stimmen leise, durchsichtig, geschliffen wie feinstes Kristall den Hauch des Unendlichen in den Hörer versetzen...

Die Arme schienen doch und jenseit leuchtet die Kraft der Stimmen in allen Farben. Die Schultern reden sich der Körper beugt sich vor...

Kurt Schöpplin.

Marktberichte

Marktbericht über den Schweinemarkt in Durlach am 16. April. Befahren mit 47 Käufer Schweine und 152 Ferkelschweine...

Nur ja nicht fortzuführen! Das wäre schade um die gute Verfassung...

Letzte Nachrichten Gaswolke über Harburg

WTB. Hamburg 18. April Auf den bei den Landungsbrücken in Harburg liegenden Dampfer „Courier“ der Harburger Dampfschiffahrtsgesellschaft...

Ähmende Wirkung auf die Atmungsorgane hatte und Hustenreiz und starke Kopfschmerzen verursachte, nahm keinen ernsteren Charakter an...

Die Harburger Polizei gibt darüber folgenden Bericht: Am Sonntag morgen kurz vor 7 Uhr spürten mehrere Personen...

Am Sonntag morgen kurz vor 7 Uhr spürten mehrere Personen der Besatzung des Hamburg-Harburger Dampfers „Courier“...

Pfanzlal

Kleinfesteinbach

Wir haben schon immer die Ansicht vertreten, daß in einigen Landorten des Pfanzlals der Volksfreund die am meisten gelebte Zeitung ist...

Sport

Händertspiele: Schweiz - Tschechoslowakei 5:1 (1!), Holland - Belgien 2:1...

Allerlei. 48 000 Mark nicht genug für Kubeliks Hände. Der berühmte Geiger Kubelik...

Literatur

Alle an dieser Stelle besprochenen und angeführten Bücher und Zeitungen können von unserer Verlagsbuchhandlung...

Alfred Mühl: Im Banne des Mikrophons. Mit Beiträgen von G. Wolff, Adven, Ewender, Raden, Doris, Gert, Zankisch u. a.

Geld in Massen - auch für Sie durch die Klassenlotterie über 114 Millionen RM Gesamtgewinne 39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE

